



Auch eine Zeitenwende: Angehörige der Ogiek bei einem zerstörten Haus in Sasimwani.

MONICAH MWANGI / REUTERS

Die Ogiek sind nicht länger erwünscht

Der Schutz der Regenwälder im Namen des Klimas geht oft auf Kosten von Indigenen.

Gastkommentar von Wolfgang Kessler

An sich bietet das Konzept Chancen: Länder und Konzerne, die viel klimaschädliches CO₂ ausstossen, kaufen von armen Ländern sogenannte Emissionszertifikate. Als Gegenleistung stellen diese Länder umfangreiche Regenwälder, aber auch Mangroven und Sumpfbereiche als Kohlenstoffsenken unter Naturschutz. Beides zusammen soll zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Grosse CO₂-Emittenten können ihre Klimabelastung ausgleichen und arme Länder den Naturschutz finanzieren. Doch was auf dem Papier gut aussieht und gut klingt, geht häufig zulasten der indigenen Bevölkerung.

Zum Beispiel in Kenya und Tansania. Sechzehn Konzerne aus Saudiarabien, darunter der Ölgigant Aramco, und Investoren aus China erwarben auf einer Auktion Gutschriften für die Emission von zwei Millionen Tonnen Kohlendioxid und sorgten in den beiden Ländern für einen Geldsegen, aber auch für harte Konflikte. In Kenya wehrt sich das Volk der Ogiek im Mau-Wald dagegen, dass die Regierung die Eigentumsrechte für den Wald in Anspruch nimmt, in dem sie leben.

Als sich die Regierung diese Eigentumsrechte gesichert hatte, verkündete Präsident William Ruto prompt, dass künftig militärisch ausgebildete und bewaffnete Wildhüter den Wald vor Eindringlingen schützen sollten. Und als solche galten nun aber plötzlich auch die Ogiek, die seit vielen Jahrzehnten in diesem Wald ansässig sind.

Wildhüter brannten ihre Hütten nieder und befahlen den rund 700 Waldbewohnern, sich anderswo anzusiedeln. Da sie nicht wussten, wohin, wandten sich die Ogiek mithilfe von Anwälten an den Afrikanischen Menschenrechtsgerichtshof im tansanischen Arusha. Dieser verwies auf ein Urteil, wonach eine Regierung die Menschen nicht ohne deren Zustimmung vertreiben dürfe und eine Entschädigung zahlen müsse. Generell mahnten die Richter afrikanische Regierungen, bei solchen CO₂-Geschäften die Menschenrechte zu respektieren. Eine Lösung des Konflikts steht aus.

Genauso in Tansania. Dort hegt die Präsidentin Samia Hassan grosse Pläne. Sie will die Landfläche, die unter Naturschutz steht, von derzeit 30 auf 50 Prozent des Territoriums vergrössern.

An sich ein guter Plan für das Weltklima. Doch um diesen zu finanzieren, liess sich Tansania ebenfalls auf Geschäfte mit ausländischen Investoren und auf den CO₂-Handel ein. So verpachtete die Regierung 8 Prozent der neuen Fläche für den Naturschutz an die Agentur Blue Carbon aus Dubai, die von ihrer Regierung den Auftrag hat, den grossen ökologischen Fussabdruck der Emirate kompensatorisch wettzumachen. Blue Carbon soll nun den Naturschutz auf diesen Flächen umsetzen.

Doch damit nicht genug. Um mehr Naturschutz in Tansania zu finanzieren, holte die Regierung grosse Touristikunternehmen ins Land, aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und aus China. So will die Otterlo Business Corporation vom Golf künftig Grosswildjagden in Wildtierschutzgebieten anbieten. Chinesische Investoren wiederum bauten Touristencamps in den Naturschutzgebieten und zäunten sie ein. Zugang haben nur Touristen, die bezahlt haben.

Natürlich sind Vertreibungen von Indigenen durch nichts zu rechtfertigen. Und doch sollte man das Geschäftsmodell «Geld gegen Naturschutz» nutzen.

Dagegen wehrt sich das Hirtenvolk der Maasai, deren Vorfahren das Land gehörte und die sich dort weiterhin frei bewegen wollen. Nach einem Bericht der Berliner «Tageszeitung» organisierten sie vor einigen Monaten eine grössere Demonstration unter dem Motto: «Wir werden unsere Heimat nicht verlassen.»

Vor allem globale Entwicklungsorganisationen wehren sich scharf gegen Modelle, wie sie auf den vergangenen Klimakonferenzen beschlossen wurden: dass Regierungen und Grosskonzerne ihre Klimabilanz ausgleichen können, indem sie Ländern des Südens Emissionszertifikate abkaufen. Manche sprechen hier sogar von einem Pakt mit dem Teufel.

Diese vehemente Ablehnung indes droht das Kind mit dem Bade auszuschütten. Natürlich sind Vertreibungen von Indigenen aus ihrer Heimat durch nichts zu rechtfertigen. Und doch sollte man das Geschäftsmodell «Geld gegen Naturschutz» angesichts der immer drängenderen Klimakrise nicht aufgeben. Denn es ist unrealistisch, dass Länder mit fossilen Geschäftsmodellen ihren CO₂-Ausstoss schnell zu verringern imstande sind.

Warum sollen sie also nicht mit ihren Gewinnen für Klimaschutzmassnahmen anderswo bezahlen, um ihre Emissionen auszugleichen? Zumal viele ärmere Länder die Regenwälder oft gerade abholzen lassen, um durch eine intensive Landwirtschaft Devisen zu erwirtschaften, zum Beispiel durch Sojaanbau.

Dass das Konzept «Geld gegen Naturschutz» nicht auf Kosten der Indigenen gehen muss, zeigen Beispiele aus der Amazonasregion. Dort fördert die brasilianische Regierung – mithilfe internationaler Organisationen – den Schutz der Regenwälder. Finanziell unterstützt werden dabei auch Pläne der dort lebenden Bevölkerung, mit Naturprodukten aus dem Regenwald ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Es zeigt sich hier: Wer Regenwälder und damit das Weltklima schützen will, muss sich auch und gerade um jene kümmern, die in den Wäldern und von den Wäldern leben.

Wolfgang Kessler ist Ökonom und Publizist.

Digital verfügbare Gesundheitsdaten werden immer wichtiger sowohl für eine effiziente Gesundheitsversorgung wie auch für die Pharmaforschung und die personalisierte Medizin. Schweizer Gesundheitsdaten werden zwar täglich in grosser Zahl gesammelt. Doch der Umgang mit ihnen ist völlig veraltet. Die Mehrheit dieser Daten bleibt über verschiedene Institutionen, Datenbanken und Kantone hinweg fragmentiert, nichtstandardisiert, nichtdigitalisiert und somit für sekundäre Zwecke unzugänglich oder unbrauchbar.

Dabei sind sich die meisten Akteure in der Schweiz einig: Gäbe es einen umfassenden Datenpool, würden Patienten eine bessere Behandlung erhalten, das Gesundheitswesen würde effizienter und effektiver. Therapien könnten durch eine vergleichende Analyse von digitalisierten Daten optimiert werden; Ärztinnen würden dabei durch Algorithmen unterstützt. Doppelspurigkeiten und die langwierige Suche nach und Übermittlung von Daten entfielen. Das könnte in manchen Fällen gar Leben retten. Obwohl die Thematik in der Gesundheitsbranche und beim Bund seit Jahren bekannt ist, hat sich in der föderalistischen Schweiz bisher viel zu wenig bewegt. Exemplarisch zeigt sich dies an der bedauernswerten Entwicklung des elektronischen Patientendossiers.

Das Politikversagen gefährdet zusehends auch den Forschungsstandort Schweiz. Das mag auf den ersten Blick überraschen, verwendet doch die Pharmaindustrie mit ihren Global Players in Basel sehr erfolgreich Patientendaten aus der ganzen Welt für die Entwicklung neuer Medikamente und Therapien. Zudem sind Daten doch mobil und konnten zumindest bisher aus anderen Ländern mit besserem Datenzugang teilweise importiert werden – warum also sollen Schweizer Daten wichtig für den Forschungsstandort Schweiz sein?

Die in einem Land vorhandene Nachfrage nach Medikamenten, die Therapiebedürfnisse der Menschen und die vom Regulator ermög-

Patientendaten für die Forschung nutzen

Es ist Zeit für den Aufbau einer zentralen anonymisierten und breit verfügbaren Datenbank für Gesundheitsdaten.

Das Bundesamt für Statistik sollte diese betreuen.

Gastkommentar von Riccardo Bentele und Rolf Weder

lichten Behandlungen beeinflussen massgebend die Richtung der dortigen Forschung und Medikamentenentwicklung. Ökonomen reden diesbezüglich von einem Heimmarkt-Effekt. Inländische Daten begünstigen die Richtung und den Erfolg des Forschungs- und Entwicklungsprozesses auch am Standort Schweiz. In der präklinischen Phase erleichtert ein breiter und qualitativ hochwertiger Pool von lokalen Daten, unterstützt durch persönliche Fachgespräche, die Entwicklung neuer Therapien für lokale Bedürfnisse, bei denen die Schweiz zudem weltweiten Trends vorangehen könnte.

In der klinischen Phase erfolgen klinische Tests von vielversprechenden Medikamenten an Patientinnen und Kontrollgruppen. Auch hier können vorhandene Gesundheitsdaten den Forschungsprozess effizienter gestalten. Nach der Zulassung neuer Behandlungsmethoden folgt die Post-Zulassungs-Phase. Mithilfe einer koordinierten Datenerhebung können hier neue Erkenntnisse für die Anwendung und Anpassung der Therapie im Heimmarkt oder für die nächste Innovation gewonnen werden. Die Datenerhebung im Heimmarkt hat den Vorteil, dass Forschende und Datenverantwortliche im engen Kontakt die Art und die Qualität der Daten positiv beeinflussen.

Die zunehmende Bedeutung personalisierter Behandlungen und Medikamente wird dazu führen, dass der Datenzugang für alle Stufen des Forschungs- und Entwicklungsprozesses wichtiger werden wird. Die Schweiz hätte das Potenzial, in der personalisierten Medizin eine Vorreiterrolle einzunehmen. Allerdings wird es dazu einen breiten Pool von Schweizer Gesundheitsdaten brauchen. Das ökonomische Problem, wieso es diesen nicht so einfach gibt, besteht darin, dass Daten ein öffentliches Gut darstellen: Kaum jemand ist bereit, einen grossen Aufwand zu betreiben, die Daten zu sammeln und allen anderen zur Verfügung zu stellen. Wenn die Daten aber da sind, wollen (und sollen!) sie von allen genutzt werden.

Was also ist zu tun? Bund und Kantone sollten endlich in einem gemeinsamen Kraftakt die Schaffung eines zentralen, modernen, qualitativ hochstehenden Pools von Gesundheitsdaten mit allen Mitteln unterstützen. Tun sie das nicht, schadet dies nicht nur den Patientinnen und Krankenkassenprämienzahlern, sondern auch dem für die ganze Wirtschaft bedeutenden Forschungsstandort Schweiz.

Wir sehen zwei Eckpunkte einer Vorwärtsstrategie. Erstens sollten Daten von Patienten standardmässig in den Datenpool aufgenommen werden, ausser Individuen entscheiden sich explizit dagegen (Opt-out); Letztere akzeptieren damit aber eine potenziell suboptimale persönliche Behandlung, weil ihre Daten nicht vollständig verfügbar sind. Zweitens sollte das Bundesamt für Statistik (BfS) federführend sein bei der Standardisierung, Sammlung, Sicherung und Bereitstellung von anonymisierten Gesundheitsdaten für die Forschung. Das BfS verfügt heute schon über heikle Daten und weiss damit umzugehen.

Rolf Weder ist Professor für internationale Ökonomie, Riccardo Bentele ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Ökonomie an der Universität Basel.